



„Die Bemerkungen, die gemacht wurden, waren sehr verletzend, falsch und völlig inakzeptabel.“

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau kritisiert US-Präsident Donald Trump, der mehrere US-Demokratinnen aufgefordert hatte, in ihre Heimatländer zurückzugehen

„Ich bin immer im Dienst; wenn was ist, bin ich erreichbar.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag in Berlin auf eine Frage nach ihren Urlaubsplänen

AUS DEM VATIKAN

Mondlandung in Castel Gandolfo

ZEITGESCHICHTE: Paul VI. zeigt sich begeistert



von Aldo Parmeggiani

Heute ist ein großer, ein historischer Tag, rief Paul VI. an jenem 20. Juli vor 50 Jahren aus. In seiner Sommerresidenz in Castelgandolfo sitzt er vor dem Fernseher, die Arme erhoben, neben sich den Chefastro-nomen der päpstlichen Stern-warte, und beobachtet – wie Millionen anderer Leute zur gleichen Zeit – die Landung der Apollo 11 auf dem Mond. Die ganze Welt sieht zu, als Neil Armstrong, Edwin Aldrin und Michael Collins das bis dato gewagteste Unterfangen der Technik-Geschichte unserer Zeit zu Ende bringen: Die Landung auf dem Mond. Auch der Papst ist hingerissen. Mit sichtlichem Interesse vernimmt er im Fernsehen die legendären Worte aus dem Weltall: „Ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit.“ Das waren Armstrongs legendäre Worte, als er die oberste Sprosse der Leiter bestieg, um aus dem Landemodul „Eagle“ auf die Mondoberfläche hina-buzusteigen. Es war ein gewaltiger Satz von enormer intellektuellen Tragweite, Die Apollo-Mission war am Ziel. Er hält sich in der Sommerresidenz Castelgandolfo auf, in der auch die päpstliche Sternwarte, die „Specola Vaticana“ untergebracht ist. Am Abend des 20. Juli – dem Tag der Mondlandung – steigt er hinauf zum Observatorium, betrachtet den Mond durch das Fernrohr und lässt sich vom seinem Chefastro-nomen, dem Jesuiten P. Daniele O'Connell, über wissen-schaftliche Details der Mond-fahrt ins Bild setzen. Am selben Tag hatte der Papst bereits beim Angelusgebet zu Mittag von der

bevorstehenden Mondlandung gesprochen.

Bei aller Bewunderung des menschlichen Verstandes und Wagemutes der Astronauten brachte der Papst aber auch die irdischen Probleme der Welt wieder in den Blick. „Dieser schicksalsträchtige Tag ist ein wahrer Triumph der von Menschenhand geschaffenen Mittel zur Beherrschung des Kosmos. In der Trunkenheit dieses Tages dürfen wir aber nicht vergessen, dass der Mensch auch sich selbst beherrschen soll und muss. Wir wissen, dass 3 Kriege auf dem Antlitz der Erde wüten: Vietnam, Afrika, Naher Osten. Und der Hunger hält ganze Bevölkerungen im Griff. Wo sind wahre Menschlichkeit, Brüderlichkeit und Frieden? Möge sich der Fortschritt, dessen erhabenen Sieg wir heute feiern, auf das wahre zeitliche und moralische Wohl der Menschheit richten.“

3 Monate später kamen die Astronauten, die der Papst im Fernsehen in ihren dicken weißen Overall beim Mondspaziergang beobachtet hatte, nach Rom. Paul empfing sie in Privat-audienz in seiner Bibliothek. Zeitgenössische Bilder zeigen 3 ernste Herren in Anzug und Krawatte und einen lächelnden Papst. „Im Namen der ganzen Kirche gratulieren wir euch von ganzem Herzen. Wir gratulieren und danken auch dem Präsidenten und dem Volk eurer geliebten Nation, weil sie mit ihrer typischen Großzügigkeit im Geist ermöglichte, zum Vorteil des Menschen und der Welt den Mond zu erforschen.“ Der Mensch habe eine natürliche Neigung, das Unbekannte zu erforschen und Geheimnissen auf den Grund zu gehen, er habe aber auch Angst vor dem Unbekannten, sagte der Papst den Astronauten.

© Alle Rechte vorbehalten

Merkel zeigt keine Schwäche

SOMMERPRESSEKONFERENZ: Kanzlerin bekennt sich zu Koalition und erwartet „arbeitsreichen Herbst“

BERLIN (dpa). Es ist ein Ritual im Berliner Politikbetrieb: Auf ihrer jährlichen Sommerpressekonferenz hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Freitag einen Fragenkatalog abgearbeitet. Die Diskussion über das Klima stach in diesem Jahr als besonders wichtiges Thema heraus. Merkel bekannte sich zum Fortbestand der großen Koalition und zeigte klare Kante gegen Rassismus. Ein Überblick:

Rassismus: Scharf verurteilte Merkel die als rassistisch kritisierten Attacken von US-Präsident Donald Trump gegen Politikerinnen der Demokraten. „Ich distanzieren mich davon entschieden“, sagte Merkel und betonte, sie fühle sich solidarisch mit den attackierten Frauen. Menschen ganz unterschiedlicher Nationalität hätten zur Stärke der USA beigetragen. Trumps Äußerungen liefen ihrem Eindruck zuwider und konterkarierten die Stärke Amerikas. In einem Tweet hatte der US-Präsident mehrere Demokratinnen aufgefordert, in ihre vermeintlichen Heimatländer zurückzugehen. Die 4 Politikerinnen sind alle US-Bürgerinnen.

Klima: Die Kanzlerin hält einen CO2-Preis für den effizientesten Weg, damit Deutschland seine Klimaziele für 2030 erreichen kann. Im Gegenzug müsse aber die soziale Ausgewogenheit beachtet werden. „Wir müssen die Menschen mitnehmen“, sagte Merkel. Es gehe um eine „sehr umfassende Veränderung“ der Vorgehensweise Deutschlands beim Klimaschutz.

Koalition: Die Regierungschefin ist zuversichtlich, dass die große Koalition hält, auch wenn es interne Querelen gibt und sich die SPD im Umbruch befin-



Angela Merkel auf der Pressekonferenz in Berlin.

APA/afp/JOHN MACDOUGALL

det. Mit den 3 Interims-SPD-Chefs der SPD und Vizekanzler Olaf Scholz arbeite die Union „sehr, sehr verlässlich zusammen“.

EU: Aus Sicht von Merkel war es wichtig, dass vor der Sommerpause mit Ursula von der Leyen eine neue EU-Kommissionspräsidentin gewählt wurde. Die EU habe keine Zeit zu verlieren und müsse handlungsfähig bleiben, sagte die Kanzlerin und verwies auch auf den Austritt Großbritanniens aus der EU. Die Kanzlerin unterstützte zugleich den Anlauf von der Leyens, die Konstruktionsfehler bei den Dublin-Regeln für Asylverfahren in der EU zu beheben. Merkel bekräftigte, es könne nicht bei jedem Schiff mit Flüchtlingen erneut über eine Einzellösung verhandelt werden.

Brexit: Auch mit einem neuen britischen Premierminister sollte das Brexit-Abkommen aus

Sicht von Merkel gütig bleiben – aber die umstrittene Backstop-Regelung zur Grenze zwischen Irland und Nordirland könne „überschrieben“ werden. Das Austrittsabkommen sei „sehr sorgfältig verhandelt“ worden, sagte die CDU-Politikerin.

Iran: Besorgt zeigte sich die Kanzlerin über die wachsenden Spannungen zwischen dem Iran und den USA. Sie forderte, nach diplomatischen Lösungen zu suchen. Merkel erinnerte daran, dass zunächst die USA das internationale Atomabkommen mit dem Iran aufgekündigt haben, die EU, China und Russland dies aber nicht getan hätten.

Kramp-Karrenbauer: Merkel nahm die CDU-Chefin und neue Verteidigungsministerin gegen Kritik an deren Eignung für das neue Amt und an der Doppelbelastung in Schutz. Kramp-Karrenbauer sei eine erfahrene Politikerin und bringe als Parteiche-

fin auch politisches Gewicht mit ein. Zur Doppelbelastung der CDU-Chefin meinte Merkel: „Wo immer sie arbeitet, arbeitet sie gerade mit 100 Prozent.“ Zugleich räumte Merkel der CDU-Chefin gute Chancen auf die Kanzlerkandidatur ein.

Merkels Gesundheit: Auch die Gesundheit Merkels, die in den vergangenen Wochen mehrere Zitteranfälle bei öffentlichen Auftritten erlitten hatte, war ein Thema der Pressekonferenz. Es gehe ihr gut, sagte die Kanzlerin und betonte: „Als Mensch habe ich auch persönlich ein hohes Interesse an meiner Gesundheit.“ 2021 werde sie aus der Politik aussteigen. „Aber dann hoffe ich, dass es noch ein weiteres Leben gibt. Und das würde ich dann auch gerne gesund weiterführen.“

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Eine neue EU-Politik?

BRÜSSEL: Nach langen Jahren der „Rechtsstaatsdebatte“ geht die EU-Kommission neue Wege

Mittwoch dieser Woche nahm die EU eine „Mitteilung“ an, die wohl wie selten eine andere für Diskussionen in den Korridoren der Macht auf europäischer wie nationaler Ebene gesorgt hatte. Dennoch ist bis zuletzt kaum etwas zum Inhalt dieses politischen Dokuments durchgesickert. 60 Stellungnahmen sind bei der Kommission vorab eingegangen. Aber erst mit Veröffentlichung der Mitteilung weiß man nun, was die Kommission im Schilde führt, um den Rechtsstaatsdefiziten innerhalb der EU Herr zu werden. Doch was ist das, ein Rechtsstaatsdefizit? Es geht hier nicht um fallbezogene Probleme in der Gerichtsbarkeit oder Streitigkeiten zwischen Regierung und Parlamenten, sondern Situationen in denen die Gefahr besteht, dass ein EU-Mitgliedstaat gewissermaßen „sein Haus nicht mehr selbst aufräumt“. Hierbei kann es sich insbesondere um die schlechende Abschaffung der Unabhängigkeit der Justiz, aber auch um die Ab-



Ob die EU-Kommission bei den Jahresberichten künftig auch so sorgfältig in die schwierigen Ecken guckt? dpa/Stratenschulte

setzung oder faktische Untermi-nierung von unabhängigen Kontroll-einrichtungen wie Volksan-wälten, grassierende Korruption oder andere systemimmanente Probleme handeln. Das klingt einigermaßen abstrakt, weswegen die Kommission in der Mitteilung dieser Woche auch gleich zu Anfang klarstellt: „Für eine starke Demokratie sind unabhängige Gerichte, die den Schutz der Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten garantieren, eine aktive Zivilgesell-

schaft und freie Medien, die Pluralismus gewährleisten, unverzichtbar.“

Die Bürger scheinen es auch so zu sehen, wie die ebenfalls vorgestellte Eurobarometer Umfrage zu diesem Thema zeigt: 80 Prozent der Befragten räumen den Rechtsstaatsprinzipien sehr hohen Stellenwert ein. Allerdings liegt die Anzahl jener, die diese Werte persönlich für sehr wichtig halten in Italien als auch in Österreich unter dem allgemeinen EU-Durchschnitt. Wo-

bei deutlich mehr Menschen in Italien als in Österreich Verbesserungsbedarf im eigenen Land sehen.

Gemäß der Kommission soll in Hinkunft eine „Kultur der Rechtsstaatlichkeit“ aktiv gefördert werden, um Rechtsstaatsproblemen vorzubeugen. Dazu gehört auch eine vermehrte Unterstützung der Zivilgesellschaft. Doch auch ein neuer EU-Mechanismus wird geschaffen: Im Rahmen eines „Überprüfungszyklus“ wird die Kommission einen jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten veröffentlichen. Das soll die Früherkennung von Problemen erleichtern. Die Mitgliedstaaten sollen mit der Kommission über ein neues Netzwerk nationaler Kontaktpersonen in einen regelmäßigen Informationsaustausch und Dialog treten. Das Signal ist klar: Rechtsstaatlichkeit ist weder eine rein nationale Domäne, noch allein abhängig von der – europarechtlich geschützten – „nationalen Identität“.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„D“: Aber das sind alles Einzelfälle, oder?

Toggenburg: Die neue Kommissionsmitteilung möchte weg von diesem Gedanken des Einzelfalls. Denn damit wird jede Kritik polarisiert. Es ist tatsächlich besser im Rahmen einer Rechtsstaatskultur einzusehen, dass jeder Staat sich verbessern kann. Und man sich deshalb regelmäßig die Situation in allen Staaten ansieht, ohne mit dem Zeigefinger jemanden auszusondern.

„D“: Wie geht es weiter?

Toggenburg: Man muss nun sehen, wie sich die neue EU-Kommissionspolitik zu Vorschlägen des Parlaments und des Rates verhält. Und Belgien wie Deutschland haben ja vorgeschlagen, einen Peer Review Mechanismus (freiwilliges Verfahren der gegenseitigen qualitativen Beurteilung von Regierungsführung) zu schaffen. Viele Ideen. Da ist also noch einiges zu tun, um ein Gesamtbild zu schaffen.

„D“: Sind das Probleme die wir in der EU haben?

Toggenburg: Nun, wir haben gegenwärtig 2 Artikel-7-Verfahren laufen: Gegen Ungarn und Polen, wo es sichtlich systemische Probleme gibt. Wir haben Mitgliedstaaten, die ihren Korruptionsproblemen nicht Herr werden.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz